



Coronavirus (COVID-19)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Entscheidungen der Bundes- und Landesregierung sowie der Städte und Gemeinden haben in den vergangenen Tagen ein solches Tempo aufgenommen, dass es uns allen schwerfällt, mit der Entwicklung Schritt zu halten.

Die Coronavirus-Infektion wurde vom Robert Koch-Institut inzwischen als Pandemie eingestuft. Durch den Behördenleiter wurde bereits am 12.03.2020 ein innerbetrieblicher Krisenstab unter Leitung von Frau Brauns einberufen. Dieser Krisenstab hat nunmehr schon einige Entscheidungen getroffen und Maßnahmen eingeleitet.

Ein zentraler Punkt bei der Entscheidungsfindung war hierbei, dass der Fokus zunächst auf die absolut notwendigen Aufgaben gelegt wurde. Dies bedeutet, dass im ersten Ansatz die Notrufannahme („110“) und die Bewältigung der daraus resultierenden Einsätze und Maßnahmen oberste Priorität genießt.

Am vergangenen Dienstag wurde durch das Ministerium des Inneren der sogenannte „Pandemieerlass“ veröffentlicht. Auf Grundlage dieses Erlasses werden den Kolleginnen und Kollegen, die sich in der 14tägigen Ruhephase befinden, keine Stunden abgezogen. Auf vielen Dienststellen wurde der Dienstbetrieb bereits reduziert, Kolleginnen und Kollegen in die Ruhephase versetzt und andere versehen ihren Dienst, soweit es möglich ist, von zu Hause.

Wir als GdP Köln möchten betonen, dass wir diese Regelung ausdrücklich begrüßen.

Eine vermeintliche Neiddebatte verbietet sich an dieser Stelle. Das originäre Ziel dieser Maßnahme ist es, die Infizierungswelle durch deutliche Verringerung der persönlichen Kontakte zu verlangsamen. Die Zahl der Infizierten wird sich dadurch auf lange Sicht nicht verringern lassen, die exponentielle Ausbreitung kann so allerdings zeitlich gestreckt werden. Die Krankenhäuser sind somit in der Lage, ausreichende Kapazitäten für intensivmedizinische Behandlungen dauerhaft sicherzustellen.



Viele von uns gehören vermeintlich schon wegen ihres Alters nicht zur direkten Risikogruppe, aber jeder von uns kennt in seinem privaten Umfeld sicherlich Menschen, die aufgrund einer Vorerkrankung oder des fortgeschrittenen Alters einem wesentlich höheren Risiko ausgesetzt sind.

Es geht also vielmehr um Solidarität mit und Respekt vor diesen gefährdeten Menschen.

Weiterhin gilt es, die Funktionsfähigkeit der Polizei in Köln, in Leverkusen und auf der Autobahn so lange wie möglich aufrecht zu erhalten.

Wir sollten uns darüber bewusst sein, dass wir im öffentlichen Dienst einen privilegierten Status innerhalb der Bevölkerung genießen. Viele Menschen und Unternehmen sehen sich schon jetzt mit erheblichen finanziellen und existentiellen Schwierigkeiten konfrontiert.

Auf Grundlage einer Entscheidung des Krisenstabs sollen auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Wachdienst die Möglichkeit erhalten, dienstliche Kontakte auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Hierzu ist aktuell die Einführung von 12-Stunden-Schichten unter Einbeziehung von GE Kräften, die nicht unmittelbar dem Wachdienst angehören, geplant.

Ziel ist, die Kontakte der Kolleginnen und Kollegen im Dienst sowohl untereinander als auch mit den Bürgerinnen und Bürgern durch Reduzierung der Arbeitstage zu verringern. Auch im Wachdienst sollen durch die Planung 14tägige Ruhephase ermöglicht werden.

Wir als GdP Köln fordern, dass auch PVB mit einbezogen werden, die nicht der Direktion GE angehören und deren Aufgabe in der aktuellen Situation nicht priorisiert wurde bzw. deren originäre Aufgabe aktuell entfallen ist. Es bleibt nämlich zu befürchten, dass wir dieses „Schichtmodell“ nicht über einige Wochen, sondern vielmehr über mehrere Monate praktizieren müssen. Wir benötigen also einen langen Atem.

Zum Schluss möchten wir an alle Kolleginnen und Kollegen appellieren, die Gefahr ernst zu nehmen. Schützt euch im Einsatz, haltet die Hygieneempfehlungen ein und reduziert auch die sozialen Kontakte in eurer Freizeit auf das absolut Notwendigste.

Bleibt gesund!

